
vlw aktuell - vlw aktuell - vlw aktuell - vlw aktuell - vlw aktuell -vlw aktuell -vlw aktuell -

INHALT - INHALT - INHALT - INHALT - INHALT - INHALT - INHALT - INHALT -

- **BBS Donnersbergkreis – Mitbestimmung mit Füßen getreten**
Ministerin Doris Ahnen missachtet das Votum der Einigungsstelle und ordnet eine weitere Außenstelle in Alsenz an (mehr dazu auf Seite 2)
- **Landesvorstand sucht Gespräch mit Ortsvorsitzenden**
Der Landesvorstand des vlw im Gespräch mit den Ortsvorsitzenden – Ziel ist eine Verbesserung der Kommunikation im Verband (mehr dazu auf Seite 2)
- **vlw und vlbs: Gemeinsame Schulung der Personalräte**
Zum ersten Mal gemeinsam führten die beiden Verbände Personalräteschulungen in Koblenz und Kaiserslautern durch (mehr dazu auf Seite 2 und 3)
- **Invasion der Praktikanten**
.... aus der Sicht von Andreas Werra (mehr dazu auf Seite 3 und 4)
- **Übernahme in das Beamtenverhältnis trotz Überschreitens der Altersgrenze möglich**
Verwaltungsgericht in Neustadt fällt interessantes Urteil (mehr dazu auf Seite 4)

- KURZ UND AKTUELL - KURZ UND AKTUELL - KURZ UND AKTUELL –

- **Rückgabe der Ansparstunde ab dem Schuljahr 2011/12**
Hauptpersonalrat fordert vom Ministerium, die Kolleginnen und Kollegen besser zu informieren
- **Situation an den Seminaren weiterhin angespannt**
Viele Funktions- und Fachleiterstellen sind weiterhin unbesetzt; vlw fordert Ausweitung der Ausbildungskapazitäten
- **Konzept zur Weiterqualifizierung von Lehrkräften für die „Realschule plus“**
vlw gegen eine Aufweichung der Anforderungen für die Unterrichtstätigkeit an der „Fachoberschule“ – einer Schulform der BBS!
- **Personalrechtliche Zuständigkeit für die „Fachoberschule“**
Ministerium ordnet an: Eine Schulform der BBS – personalrechtlich zuständig sind die Personalräte der „Realschule plus“
- **Schulbuchausleihe ab dem Schuljahr 2011/12 auch an den BBS**
vlw befürchtet Verwaltungsaufwand für Schulen und Kolleginnen und Kollegen

Alsenz - Mitbestimmung mit Füßen getreten

Ministerin missachtet Votum der Einigungsstelle

So viel hält die Ministerin von der Mitwirkung in Bezirks- und Hauptpersonalrat: im Streit um die Einrichtung einer Außenstelle der BBS Donnersbergkreis an der Grund- und Realschule plus (Nordpfalzschule) in Alsenz zur Beschulung der Schülerinnen und Schüler der Fachschule Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik, erhielt der Hauptpersonalrat ein schlichtes Schreiben mit folgendem Inhalt:



„.....nach Abschluss des personalrechtlichen Beteiligungsverfahrens hält das Ministerium...seine Entscheidung...aufrecht. Es ist veranlasst worden, dass die zuständige Schulaufsicht die für die Einrichtung der Außenstelle erforderlichen Verfahrensschritte umsetzt. Die Einrichtung der Außenstelle erfolgt zum Schuljahr 2011/2012.“

Die Gesamtkonferenz der BBS Donnersbergkreis, der Bezirks- und auch der Hauptpersonalrat hatten dies – mit guten Gründen – abgelehnt. Dieser Argumentation folgte mehrheitlich sogar die Einigungsstelle (unter dem Vorsitz einer neutralen Richterin). Ein entscheidendes Argument war und ist, dass für ca. 80% der Schülerinnen und Schüler der Weg nach Rockenhausen teilweise erheblich kürzer als nach Alsenz wäre.

Dazu Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des **vlw** und Mitglied im Hauptpersonalrat: *„Hier ist die schulpolitische Vernunft auf dem Altar des politischen Filzes geopfert worden. Das sture Beharren auf einer weiteren Außenstelle der BBS Donnersbergkreis verursacht Kosten für den Schulträger und Kosten für die Schülerinnen und Schüler, die das Ministerium erst gar nicht gefragt hat. Die Personalräte müssen sich fragen, ob ihre Mitwirkung überhaupt gefragt ist – der Ministerin ist dies wohl egal. Der **vlw** wird sich weiterhin für eine schulpolitisch vernünftige, wohn- und ausbildungsplatznahe Beschulung in Rheinland-Pfalz einsetzen!“*



Landesvorstand sucht Gespräch mit Ortsvorsitzenden

Der Landesvorstand hatte nach Koblenz und Kaiserslautern eingeladen, und viele Ortsvorsitzende waren erschienen: Der Landesvorstand bat um ein „Feedback“ der Basis zum Erscheinungsbild des **vlw** bei seinen Mitgliedern. Themen waren u.a. die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes (sind die Mitteilungen zu lang, können Zusammenfassungen und „Headlines“ hier mehr Klarheit schaffen und noch kompakter informieren?) sowie die stärkere Einbeziehung der Kolleginnen und Kollegen in den Ortsverbänden, um deren Wissen besser für die Arbeit im Landesvorstand und in den Personalräten zu nutzen.

Einig waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass die Gespräche regelmäßig fortgesetzt werden sollen, um den Informationsfluss in beide Richtungen zu stärken.

„Gerechtigkeit gibt es nicht“

Schulungsveranstaltungen für Mitglieder örtlicher Personalräte in Rheinland-Pfalz

Premiere für **vlw** und **vlbs**: Zum ersten Mal gemeinsam führten die Verbände Fortbildungsveranstaltungen für die Vorsitzenden örtlicher Personalräte durch. Geleitet wurden die Tagungen in Koblenz und Kaiserslautern von sachkundigen Angehörigen aus Bezirkpersonalrat (Kurt Flöck, **vlw**) und Hauptpersonalrat (Heidi Bonni, **vlbs**).

Helmuth Wolf, Dozent der dbb-Akademie Berlin, referierte über „Rechte und Pflichten der Personalvertretung nach dem Personalvertretungsgesetz RLP“. Nach dem ersten Jahr ihrer Tätigkeit (nach den Personalratswahlen 2009) hatten die Gäste der Veranstaltung viele Fragen an Helmuth Wolf. Unter anderem ging es um

- Die Einstufung von sogen. „PES-Kräften“ – Aushilfskräfte, die für eine bestimmte Zeit zur Senkung des temporären Unterrichtsausfalls an vielen Schulen eingestellt werden;
- Einstellungen von Lehrkräften durch die Schulen („schulscharfe Ausschreibungen“) und die Mitwirkungsrechte des ÖPR;
- Beteiligung beim Arbeitsschutz (Bauschäden, Asbestverseuchung, Lehrergesundheit);
- Ausgestaltung der „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ zwischen Dienststellenleitung und ÖPR;
- Stellung der/des Vorsitzenden des ÖPR im Verhältnis zu den anderen Mitgliedern („Gleicher unter Gleichen“, so Helmuth Wolf);
- Geschäftsverteilung in Personalräten, Vertretungsfragen, Gestaltung und Durchführung von Personalratssitzungen und vieles mehr.

Zum Eingangszitat: Helmuth Wolf zog nicht in Zweifel, dass die Anwesenden Gerechtigkeit anstreben wollten und müssten – doch letztlich werde es die vollkommene Gerechtigkeit nicht geben.

Das große Interesse an beiden Veranstaltungen (insgesamt ca. 80 Teilnehmende) zeigte, dass die Personalvertreterinnen und –vertreter ihre Arbeit sehr ernst nehmen und sich vor Ort einsetzen wollen. Die dafür notwendigen Kompetenzen (!!) – darin waren sich alle einig – sind an den beiden Tagen in Koblenz und Kaiserslautern gestärkt worden. Beide Verbände wollen ihre Zusammenarbeit auf diesem wichtigen Gebiet fortsetzen – dies meinen übereinstimmend die Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß (vlw) und Ulrich Brenken (vlbs).



Kurt Flöck, stellv. Vorsitzender des Bezirkspersonalrates BBS, begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Kaiserslautern

Die Invasion der Praktikanten

von Andreas Werra, BBS Bingen

„Wir haben hier keine reservierten Plätze im Lehrerzimmer, aber da sitzt einer auf meinem Platz!“ „Wer hat aus meinem Becherchen getrunken?“ „Und wer hat von meinem Tellerchen gegessen?“ Nein, es geht nicht um Schneewittchen – leider! Vielmehr traten wir kürzlich in unserem Lehrerzimmer nicht mehr nur auf unsere eigenen Füße, sondern auch auf die von Fremden, die für das Gros der Kollegen zunächst nicht als berechtigte Anwesende dieses sakrosankten Raumes und seiner abgeschlossenen Kochnische zu erkennen waren. Wer sind also diese neuen Gesichter? Angesichts der Vielzahl, nämlich gleich 15 (in Worten: Fünfzehn), liegt die Vermutung nahe, es könnte sich hier um eine kleine Delegation unserer neuen chinesischen Freunde handeln. Dem widerspricht aber die Beobachtung, dass sie ausnahmslos ohne Essstäbchen über den von einer Kollegin gestifteten Geburtstagskuchen herfallen. Außerdem haben sie nicht die für Chinesen typische Augenform. Letztere ist durch die den Chinesen eigenen Gene bedingt, jawohl! Bekomme ich jetzt wie Sarrazin 1000,- Euro mehr Pension und kann endlich gehen?

Zurück zum Ernst der Lage: Ein Gerücht keimt auf, es könnte sich vielleicht um Praktikanten handeln. Davon hatten wir in der Vergangenheit schon mal den einen oder anderen und die sahen so ähnlich aus. Der gesunde Menschenverstand verwirft diesen Gedanken natürlich spontan, denn wer könnte der wahnwitzigen Idee verfallen, uns, als kleine Schule mit einem Vollzeitkollegium von etwa 60 Lehrern, gleich 15 Praktikanten zu beschenken? Ja, wer wohl? Sinnierend über Genese und Empirie von bereits erlebtem „Wahnwitz“ dämmert es uns: Wir liegen richtig, es sind Praktikanten.

Pillenknick und Lehrerschwemme! Holt uns die Apocalypse der 70er doch noch ein? Während wir noch darüber grübeln, ob wir jetzt lachen oder weinen sollen, erscheint der pädagogische Direktor und bemüht sich, uns die jungen Damen und Herren vorzustellen. Die Pause ist kurz und das Unterfangen bleibt im Ansatz stecken. Immerhin schnappe ich auf, dass wir nun Gastgeber für sieben Orientierungspraktikanten und acht Kandidaten in einem vertiefenden Praktikum sind. Letztere, so erfahre ich später in einer eigens einberufenen Fachkonferenz, werden alle das Vergnügen haben, bei mir und anderen zu hospitieren, zu assistieren und zu unterrichten. Noch bringt mich nichts aus der Ruhe. Besuch im Unterricht ist ja wohl nichts Neues. Schließlich bilden wir ja auch Referendare aus und kürzlich gaben sich auch die Damen und Herren der AQS pausenlos die Klinke zum Klassenraum in die Hand. Während einer meiner Praktikumsbetreuenden Kollegen anfragt, ob ich nicht noch ein paar von den orientierenden Praktikanten dazu nehmen möchte, wird mir unsere neue Sprachassistentin vorgestellt, die mich bei einigen meiner Unterrichtsstunden begleiten wird.

Als mich meine spontan zur Reflexion herangezogene Handpuppe fragt, ob ich wohl des Wahnsinns fette Beute sei, zähle ich ihr die Telefonhörer in Wunsiedels Fabrik bei Heinrich Böll vor. Sie nennt mich einen Walter Mitty und ich zwangsverpflichtete sie zu drei Hospitationsstunden.

Zum Glück sind meine Klassen es bereits gewohnt, hin und wieder den Raum zu wechseln, denn nun müssen wir auf die Suche nach geeigneten Sälen gehen, in denen die Luft nicht nur für eine komplette Klassenmesszahl voller Schüler, sondern auch für mich und meinen neuen Begleittross zum Atmen langt. Auf dem Weg zum Klassenraum fasse ich für die zukünftigen Kolleginnen und Kollegen ad hoc mit wenigen Worten zusammen, was man früher als Referendar noch auf ca. 20 Seiten schriftlich in Form einer Unterrichtsplanung dokumentieren musste. Schön, dass man nun mal wieder darüber reden kann und seine Gedanken zu Klasse, Thema, Methodik etc. nicht nur mit sich selber teilen muss. Schön auch der Gedanke, mit ruhigem Gewissen irgendwann mal den Dienst quittieren zu können, da es ja an Lehrernachwuchs nicht zu mangeln scheint. Und beim Fachsimpeln zwischen dem real existierenden und den vermeintlich zukünftigen Kollegen stellt es sich dann heraus: Unsere acht vertiefenden Praktikanten studieren eigentlich für das Lehramt am Gymnasium. Blitzschnell rechne ich mir aus, was passieren wird, wenn sich dies als Trend fortsetzen sollte: In nur wenigen Generationen haben wir uns selbst ausgerottet. Die BBS schafft sich ab. Also, was ist jetzt mit meiner Pension und den 1000,- Euro mehr?

Übernahme in das Beamtenverhältnis trotz Überschreitens der Altersgrenze möglich

Dies stellte das Verwaltungsgericht in Neustadt am 16. November fest. Vier Kollegen hatten geklagt, davon einer mit Hilfe des vlw über die dbb-Rechtsvertretung. Das Verwaltungsgericht bestätigte damit die Rechtsauffassung der vlw-Vertreter in Bezirks- und Hauptpersonalrat: Gerade in Anbetracht des weiterhin hohen strukturellen Unterrichtsausfalls an den berufsbildenden Schulen des Landes Rheinland-Pfalz müssen die Einstellungen flexibel erfolgen können. Diese Flexibilität hat das Gericht eingefordert.

In der Pressemitteilung des VG Neustadt heißt es dazu:

Das Land Rheinland-Pfalz kann den Antrag von vier Lehrern auf Übernahme in das Beamtenverhältnis nicht mit der Begründung ablehnen, sie überschritten die Höchstaltersgrenze von 45 Jahren für eine Einstellung. Dies entschied die 6. Kammer des Verwaltungsgerichts Neustadt am 16. November 2010.

Zwar enthalte das Landesbeamtengesetz mittlerweile eine gesetzlich geregelte Höchstaltersgrenze von 45 Jahren. Diese Altersgrenze gelte nach dem Wortlaut des Gesetzes aber nur grundsätzlich. Näheres sei in den Laufbahnvorschriften zu regeln. Eine wirksame Altersgrenze setze nach Auffassung der Richter damit auch die Regelung von Ausnahmen, z.B. für die Anerkennung von Kindererziehungszeiten, voraus.

Solche Ausnahmeregelungen enthalte die Laufbahnverordnung derzeit noch nicht. Der Beklagte sei deshalb verpflichtet, über die Anträge der Kläger auf Übernahme in das Beamtenverhältnis trotz Überschreitens der Altersgrenze neu zu entscheiden und dabei die für bis Dezember 2010 angekündigten Ausnahmeregelungen in der Laufbahnverordnung zu berücksichtigen.

Das Gericht hat wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache die Berufung zugelassen.

Verwaltungsgericht Neustadt, Urteile vom 16. November (2010 - 6 K 271/10.NW, 6 K 343/10.NW 6 K 531/10.NW 6 K 842/10.NW)

Dazu Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des vlw: „Das Ministerium hat uns immer wieder aufgefordert, Vorschläge zur Verringerung des Unterrichtsausfalles vorzulegen. Durch die Übernahme ins Beamtenverhältnis wird das Lehramt an BBS attraktiver. In der Folge können mehr dringend benötigte Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden.“